

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/AVIII/231

Bonn, den 5. Dezember 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 1a Falsche Zielscheibe 70

Kriegsopferversorgung und stabile Währung

2 - 3 Gewitter um und über Dr. Mai 68

Von Lothar Schwartz

Referent für Rundfunkfragen beim Parteivorstand der SPD

4 - 5 Zwiespältige Wissenschaftspolitik der Bundesregierung 61

Die Länder sollen mehr zahlen

Von Dr. Ulrich Lohmar, MdB

5 Der 22. November 1963 im Münchener Hacker-Keller 31

Rechtsradikale am Abend der Ermordung Kennedys

6 Demokratischer Fortschritt - beste Waffe gegen Kommunismus 33

Nach den Wahlen in Venezuela

Von Hans-Eberhard Dingsels

Chefredakteur Günter Merkscheffel

Falsche Zielscheibe

Kriegsopferversorgung und stabile Währung

G.M. - Fast immer, wenn eine deutsche Regierung nicht weiter kann, und im Begriff ist, eigene Fehler zu verschleiern, ruft sie dem Volk zu, "die Währung ist in Gefahr!" Dieser Kassandraruß bezieht sich aber nicht etwa auf eigene Unterlassungssünden, Fehldispositionen oder falsche Einschätzung einer bestimmten Situation, sondern soll diejenigen in Schach halten, die Gerechtigkeit fordern. Das war schon in der Republik von Weimar so, als es einem Teil der Schwerindustrie erforderlich erschien, vernünftige Vorschläge der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit abzuwehren. Jetzt ist die Methode etwas verfeinert; sie ist im Grunde genommen aber die gleiche.

Seit vielen Jahren weiß die von der CDU/CSU geführte Bundesregierung, daß die Versorgung unserer Kriegsopfer in keinem richtigen Verhältnis zur Leistung unserer gesamten Volkswirtschaft steht. Bester Beweis hierfür ist, daß sogar die Vertreter der Regierungsparteien im Kriegsopfer-Ausschuß des Deutschen Bundestages die zwingende Notwendigkeit einer Verbesserung der Leistungen für die Kriegsopfer anerkannt haben. Der jüngste Gesetzentwurf wurde auch vor ihnen befürwortet. Der Bundesregierung - auch schon unter dem Regierungschef Adenauer - ist seit langen bekannt, daß die Kriegsopferversorgung in der Rangliste der sozialen Verpflichtungen an der Spitze steht. Das kann man in jeder Regierungserklärung seit vielen, vielen Jahren nachlesen.

Wenn dieselbe Regierung jetzt mit dem Schreckgespenst des Währungsverfalls droht, will sie nicht nur ihre früheren Schwüre vergessen machen; sie spekuliert ganz offensichtlich auch auf die Kurzsichtigkeit vieler Bürger, denen schon der Schreck in die Glieder fährt, wenn sie nur an die Möglichkeit einer Währungsschwankung denken.

Dabei weiß jeder Fachmann, daß bei einem Haushaltsplan in der Gesamthöhe von über 60 Milliarden Mark die Aufbringung der zur Erfüllung der berechtigten Forderungen der Kriegsopfer noch erforder-

lichen rund 250 Millionen Mark niemals "eine der härtesten Währungen der Welt" gefährden kann.

Außerdem: wenn unsere Kriegsoffer die ihnen juristisch und moralisch zustehende Verbesserung ihrer Bezüge erhalten, dann bleibt ja dieses Geld als Teil der Kaufkraft unseres Volkes der Gesamtwirtschaft erhalten. Die Kriegsoffer und ihre Familien sind die letzten, die sich etwa am Gardasee ein unerschlossenes Baugrundstück zum Preise von mindestens 150.-- DM je Quadratmeter kaufen würden! Sie geben ihr Geld hier in der Bundesrepublik aus; zur Erhaltung ihrer Gesundheit, zur Verbesserung ihres Lebensstandards, für die Erziehung ihrer Kinder und zur Erleichterung ihres Lebens, das durch Kriegsfolgekrankheiten und unmittelbare Schädigungen gewiß nicht leicht ist.

Wenn die Bundesregierung es für notwendig hält, das Gespenst des Währungsverfalls an die Wand zu malen, dann hätte sie genügend an der e Zielscheiben, auf die sie ihre Schüsse richten könnte. Da gibt es die dauernden offenen und schleichenden Preissteigerungen, da ist die ungerechte Steuergesetzgebung, und da sind nicht zuletzt jene in die Milliarden gehenden Fehlinvestitionen beim Ankauf von Waffen, von denen einige beim Lieferungstermin bereits überholt sind und durch neue ersetzt werden müssen.

Die gewiß hart gewordene Diskussion über die gerechte Kriegsofferversorgung ist beschämend. Aber nicht etwa für die Kriegsoffer, sondern für eine Bundesregierung, die es dahin hat kommen lassen. Wenn man hört, daß der für diese Fragen zunächst zuständige Arbeits- und Sozialminister B l a n k in den vergangenen Wochen und Monaten an keiner einzigen Sitzung des Kriegsoffer-Ausschusses des Deutschen Bundestages teilgenommen hat, dann wird klar, in welchem Geist diese Bundesregierung den Gesamtkomplex unserer gemeinsamen Verpflichtungen gegenüber den Opfern des Krieges sieht. Das ist einfach würdelos!

Und wenn dazu noch ein wohlhabender Mann wie Bundeskanzler Professor Erhard das ganze Problem mit der Bemerkung abtun will, er selbst habe auf seine Kriegsofferrente verzichtet, dann ist dies genau der Ton, den wir in der Bundesrepublik n i c h t brauchen. Für jemanden, der selbst genug hat, ist es leicht, sich als leuchtendes Beispiel der Uneigennützigkeit darzustellen. Umgekehrt wäre es besser. Es würde einem Mann wie Erhard gut anstehen, zu sagen, er setze seine ganze Kraft für die Lösung der Probleme anderer ein, weil für ihn selbst das Problem gelöst ist.

Gewitter um und über Dr. Mai

Von Lothar Schwartz

Referent für Rundfunkfragen beim Parteivorstand der SPD

Ein Querschläger surrt aufsehenerregend und gefährlich durch die ohnehin beunruhigte deutsche Funk- und Fernsehlandschaft. Er kommt aus der äußerlich friedlich anmutenden Funkhaus-Idylle auf dem Halberg vor den Toren Saarbrückens und ist Munition für die öffentliche Diskussion der Wettbewerbslage zwischen den publizistischen Massenmedien.

Der eigenwillige Intendant Dr. Franz Mai brachte die "Arbeitsgemeinschaft der Rundfunkanstalten Deutschlands" (ARD) in ein peinliches Zwielicht, indem er einen Alleingang in Richtung Kommerzialisierung des Saarfunks unternahm und damit die gegenteiligen Versicherungen seiner Intendanten-Kollegen in ihrer Glaubwürdigkeit schmälerte. Diese haben den "Bären dienst", mit dem Dr. Mai übrigens an eigenen Ast sägen dürfte, mit der bisher einmaligen Maßnahme der Ausschlußandrohung aus der Arbeitsgemeinschaft der neun öffentlich-rechtlichen Anstalten beantwortet.

"Ätherrausch" in Saarbrücken

Der "Ätherrausch" ihres Saarbrücker Kollegen erscheint ihnen in dieser neuesten Äußerung mit Grundsätzen und Aufgabenstellung der ARD unvereinbar. Sie sind deshalb unmissverständlich von den Plänen des Saarfunks abgerückt, ab 2. Januar 1964 einen auf 300 kw verstärkten Sender nach dem Muster von Radio Luxemburg zu betreiben. Auf dieser "leichten Welle" möchte Intendant Dr. Mai genau vorexerzieren, was viele Zeitungsverleger argwöhnisch auf die Funkhäuser und düster in die Zukunft blicken läßt: eine erhebliche Ausweitung der Ätherwerbung. Die Werbegesellschaft des Saarländischen Rundfunks hat in einem Prospekt zunächst Werbezeiten zwischen 6 Uhr und 22 Uhr angeboten, die in ein Programm mit viel Unterhaltungsmusik und wenig Wortsendungen eingebettet sein sollen. Auch die Buchung sogenannter "Patronatssendungen", also die Finanzierung ganzer Programnteile durch die werbende Wirtschaft, ist als Möglichkeit vorgesehen. Das bedeutet harte Kommerzialisierung.

Auf der "Notstandswelle"

Diese Abkehr von geschriebenen und ungeschriebenen Gesetzen unseres Rundfunkwesens bekommt eine zusätzliche bedauerliche und pikante Note, indem sie ausgerechnet auf der "Notstandswelle" für die Bundes-

republik praktiziert werden soll. Jedenfalls sind entsprechende Erklärungen des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Meyers und Mitteilungen aus der Saarbrücker Intendanz in Bonn bisher nicht zementiert worden. Als makabrer Witz muß das Argument für die an der Saar geplante "Berieselungswelle" empfunden werden, sie müsse auf diese Weise für den Notstandsfall bekannt und populär gemacht werden.

Wie das offensichtlich heimliche Zusammenspiel zwischen Intendant Dr. Mai und seinen CDU-Parteifreunden in Bonn auch in einzelnen gelassen sein mag, es hat auf jeden Fall allen ernsthaften Bemühungen um eine Versachlichung des Gesprächs um die Wettbewerbsverzerrung zwischen Funk, Fernsehen, Film und Presse schwer geschadet. Es hat - bewußt oder unbewußt - die Fronten im kalten Krieg zwischen Funk- und Verlagshäusern verhärtet und das von dem SPD-Abgeordneten Fritz Sänger bei der kürzlichen Behandlung dieses Themas im Bundestag angeregte direkte Gespräch zwischen den Vertretern der publizistischen Massenmedien erschwert, wenn nicht gar auf lange Sicht unmöglich gemacht.

Vorsicht vor gefährlicher Milchmädchenrechnung!

Die klare Distanzierung der übrigen ARD-Intendanten von den auf erhöhte Popularität und Finanzkraft des Saarfunks gezielten Programmpläne von Dr. Mai sollte auf Verlegerseite als Beweis des guten Willens in den Funkhäusern erkannt und nicht als "Alibibedarf" fehlinterpretiert werden. Es wäre eine gefährliche Milchmädchenrechnung auf beiden Seiten, die Auseinandersetzung um Werbung, Wellen und Kanäle in Permanenz zu wollen.

Das augenblickliche Gewitter um und über Dr. Mai könnte und sollte reinigend wirken, auch in der Frage des Finanzausgleichs zwischen den Rundfunkanstalten, die sich nicht erst aus diesem aktuellen Anlaß stellt. Die - nach Gebührenaufkommen - kleinen Anstalten in Berlin, Bremen und Saarbrücken fristen in einem - nach ihren Leistungen - unverdienten Notstand ihr Äther-Dasein, während zumindest eine ihrer "großen Schwestern" über einen Juliusturm verfügt, der sich mit dem Kölner Dom messen kann. Wenn der Saarländische Rundfunk möglicherweise diese Strukturfehler innerhalb der ARD in den Blickpunkt der Öffentlichkeit katapultieren wollte, hätte er sich zwar durchaus spekuläreg, aber auf keinen Fall dieser unglücklichen Kommerzialisierungs-Methoden bedienen dürfen.

Zwiespältige Wissenschaftspolitik der Bundesregierung

Die Länder sollen mehr zahlen

Von Dr. Ulrich Lohmar, MdB

Der Bundesinnenminister hat dem Bremer Senator für das Bildungswesen, Willi D e h n k a m p , mitgeteilt, daß der Bund 1964 nur noch die Hälfte der bisherigen Mittel für die Finanzierung des Honnefer Modells aufbringen wolle. Den zusätzlichen Betrag, den der Bund nicht mehr tragen will und der sich auf 27,3 Millionen DM beläuft, sollen im kommenden Jahr die Länder übernehmen.

Diese Nachricht läßt erkennen, daß innerhalb der Bundesregierung die Verantwortlichkeit für die Wissenschaftspolitik nach wie vor unklar ist. Das Schreiben des Innenministers entspricht den Wünschen des CDU-Abgeordneten S t o l t e n b e r g , der schon während der letzten Haushaltsberatungen angedeutet hat, die Länder sollten möglicherweise die Studienförderung ganz übernehmen. Sachlich wäre das ein erheblicher Rückschritt, denn die Einheitlichkeit der Richtlinien für die Studentenförderung in allen Bundesländern könnte in der Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern in diesem Bereich am ehesten gewahrt werden. Diese Einheitlichkeit ist eine wichtige Grundlage für die Freizügigkeit des Studenten und für eine langfristige Weiterführung der Studentenförderung überhaupt. Da Bund und Länder sich bisher über die neuen Richtlinien zum Honnefer Modell nicht verständigen konnten, scheint der Bundesinnenminister den Weg des geringsten Widerstandes gehen und den Ländern die Verantwortung für die Studentenförderung allein überlassen zu wollen.

Die Vermutung liegt nahe, daß sich der Bundesinnenminister bei der Kürzung des Bundesanteils für die Studentenförderung auch der Sympathien des Finanzministers versichern wollte. Der Bundesminister für Wissenschaftliche Forschung drängt schon seit langem und mit Recht darauf, daß ihm die Zuständigkeit für die Studentenförderung übertragen wird, weil sie sachlich von den Maßnahmen zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung kaum zu trennen ist. Möglicherweise sucht der Innenminister mit der vorgeschlagenen Kürzung der Mittel für das Honnefer Modell in seinem Bestreben, seinerseits für die Studentenförderung zuständig zu bleiben (solange der Bund dabei mitwirkt), eine Schützenhilfe beim Finanzminister. Dieser Kompetenzstreit innerhalb der Bundesregierung führte, wie man sieht, zu sachlich unerträglichen Konsequenzen. Der frühere Bundeskanzler A d e r a u e r hat es seinerzeit versäumt, den Aufgabenbereich des Bundesministers für Wissenschaftliche Forschung klar und ausreichend zu umreißen, und sein Nachfolger E r h a r d scheint einer sachgerechten Wissenschaftspolitik bisher auch keine große Aufmerksamkeit zu schenken. Jedenfalls hat er die Neubildung der Bundesregierung nicht dazu genutzt und auch bisher keine Gelegenheit gesucht, diesen unbefriedigenden Zustand zu beenden.

Der Kompetenzstreit zwischen dem Wissenschaftsminister und dem Innenminister bezieht sich dabei nicht nur auf die Studentenförde-

zung, sondern in gleicherweise auch auf Bereiche wie die Ostforschung, die zeitgeschichtliche Forschung, die Arbeit des Archäologischen Instituts oder die Bildungsplanung. Auch die Koordinierung der Ressortforschung der einzelnen Ministerien durch den Wissenschaftsminister ist erst in vagen Umrissen sichtbar geworden.

Wir meinen, daß die Einrichtung des Bundesministeriums für Wissenschaftliche Forschung ein Fortschritt gewesen ist. Denn schließlich ist dieses Ministerium erst nach monatelangen Drängen der SPD-Bundestagsfraktion zustande gekommen. Aber wir finden, daß das Wissenschaftsministerium mehr sein muß als eine Institution zur Geldverteilung und ein freundlicher Mittler zwischen den Fronten. Der Wissenschaftsminister sollte die Möglichkeit haben, eine in sich geschlossene wissenschaftspolitische Vorstellung der Bundesregierung nicht nur zu entwickeln, sondern auch durchzusetzen. Wann wird sich der Bundeskanzler endlich dazu entschließen, dafür die politische Basis zu schaffen?

+ * +

Der 22. November 1963 im Münchener Hacker-Keller

Rechtsradikale am Abend der Ermordung Kennedys

R.G. - Am 22. November 1963, dem Tag der Ermordung Präsident Kennedys, waren im Hacker-Keller zu München Freunde der Deutschen Reichspartei zusammengekommen, um ein Referat des Austrasiat Windisch zu hören. Da kam die Nachricht von der Ermordung des amerikanischen Präsidenten. Die Mehrheit der Anwesenden war für die Fortführung der Veranstaltung; auch Beifallsäußerungen sollten aufgetrieben sein ...

Einige Tage später berauschte sich die in München erscheinende "Deutsche National-Zeitung" an den Zukunftsperspektiven der "Welt nach Kennedys Tod". Im Mittelpunkt stand ein Telefon-Interview mit Gesinnungsfreunden von General Walker in Dallas, Texas. Was Herr Walker seinen Münchener Freunden mitzuteilen hatte, ist bereits hinreichend bekannt. Weniger bekannt ist dagegen der Ausspruch eines Professors App, der seinen DNZ-Freunden aus Amerika telefonierte: "Man wird die Einstellung zu den politischen Morden von Nürnberg überprüfen." Und Senator Goldwater rief - via DNZ - den Deutschen zu: "Seid wachsam !",

Inzwischen ist in München bekanntgeworden, daß die solcherart sich äussernden rechtsradikalen Tendenzen bis in die Partei von Franz Josef Strauß hineinreichen, obwohl sie dort sicher von einer Mehrheit abgelehnt werden. Interessant bleibt jedoch, daß einige frühere GDP-Funktionäre bei der Strauß-Clique eine ideale Plattform für die Fortführung ihrer "Amerika-Arbeit" zu finden glauben und bestrebt sind, ihre politischen Wirkungsmöglichkeiten über Bayern hinaus in die Vereinigten Staaten auszuweiten. Hierbei schieben sie Franz Josef Strauß in die Rolle des "nationalen Anführers", weil sie glauben, daß der ehemalige Verteidigungsminister auf Grund seiner Statur, seiner Rede-weise und seiner zahlreichen Beziehungen zu den USA das beste Ausländergesicht sei. - Es bleibt zu hoffen, daß eine große Mehrheit der CSU Herrn Strauß davor warnt, den Kreis um die DNZ zu nahe an sich heranzukommen zu lassen.

+ * +

Demokratischer Fortschritt - beste Waffe gegen Kommunismus

Nach den Wahlen in Venezuela

Von Hans-Eberhard Dingels

E.D. - Die Präsidentschaftswahlen in Venezuela haben den Sieg der demokratischen Kräfte des Landes gebracht. Der Kandidat der "Accion Democratica", Raúl Leona, konnte die meisten Stimmen auf sich vereinen und wurde somit Nachfolger von Rómulo Betancourt. Trotz der Terrorakte fidelistischer Saboteure und trotz diplomatischer Einschüchterungsversuche durch Kuba hat die Bevölkerung von Venezuela den demokratischen Parteien ihr Vertrauen ausgesprochen.

Niederlage für Castro

Damit hat die erdölreiche Republik im Norden Lateinamerikas den Test der demokratischen Integration gut bestanden. Es besteht kein Zweifel daran, daß das Ergebnis der Wahlen in Venezuela nicht ohne Einfluß auf die weitere Entwicklung des lateinamerikanischen Kontinents bleiben wird. Für Kuba bedeutet die Wahl des Kandidaten der Accion Democratica zum neuen Präsidenten Venezuelas eine ernsthafte Schlappe. Die von Havanna mit Waffen und Geld versehenen fidelistischen Untergrundkommandos haben es nicht vermocht, die Bevölkerung so einzuschüchtern, daß diese sich der Stimme enthalten hätte oder linksextremistischen Parolen gefolgt wären.

Man darf mit Recht erwarten, daß die von Rómulo Betancourt begonnene Reform von Wirtschaft und Gesellschaft in Venezuela von seinem Nachfolger weitergeführt wird. Alles wird in der Zukunft davon abhängen, wie sehr der soziale Fortschritt in Venezuela für die Massen der Bevölkerung sichtbar gemacht werden kann.

Posthumer Sieg Kennedys

Die USA haben schon seit längerer Zeit erkannt, daß die sozial fortschrittlichen Kräfte Lateinamerikas die besten Partner im Kampf gegen die kommunistische und fidelistische Unterwanderung sind. Das von dem ermordeten Präsidenten John F. Kennedy ins Leben gerufene Projekt der "Allianz für den Fortschritt" ist in der Zwischenzeit zu einem Gradmesser des Washingtoner Engagements in Lateinamerika geworden. Es gibt keinen Zweifel daran, daß Präsident Johnson dieses Projekt weiterführen wird. Der Sieg der demokratischen Kräfte in Venezuela ist so gesehen nicht zuletzt eine Bestätigung für die Politik John F. Kennedys.